

BASis Info 5/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

03.06.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit Montag scheint der Atomausstieg auf einem guten Weg. Merkels „Ethik-Kommission sichere Energieversorgung“ hat mit ihren Empfehlungen schon wesentliche SPD-Forderungen aufgegriffen. Die Frage ist jetzt: Was steht konkret in den Gesetzentwürfen der schwarz-gelben Bundesregierung und will Schwarz-Gelb wirklich endgültig raus aus der Atomkraft? Was man bis jetzt hört, macht Frau Merkel nicht vertrauenswürdig. Die Meiler sollen 1,5 Jahre länger laufen als ihre Kommission empfiehlt und die „Hintertürchen“ kommen mir vor wie großzügig gestaltete Fluchtwege in den nächsten Ausstieg aus dem Ausstieg.

Die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil und Ulrich Kelber werden bis Montag die Gesetzentwürfe bewerten, am Montagabend beraten wir als SPD-Bundestagsfraktion unser Vorgehen und koordinieren uns mit den SPD-geführten Bundesländern. Unsere Bedingungen: Ausstieg aus der

Atomenergie während der nächsten 10 Jahre, ergebnisoffene Endlagersuche, keine Hintertürchen für die AKW-Betreiber und mehr Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Der Atomausstieg war, ist und bleibt richtig. Die Kehrtwende von CDU/CSU und FDP ist eine Genugtuung für uns Sozialdemokraten.

Die SPD nutzt diese Tage der Freude aber auch zur ehrlichen Bestandsaufnahme. Wenn sich die Welt um uns herum so radikal verändert wie jetzt, muss sich auch die SPD erneuern. Deshalb haben Sigmar Gabriel und Andrea Nahles Vorschläge zur Parteireform vorgelegt: Die Mitglieder müssen mehr Mitsprachemöglichkeiten bei personellen und inhaltlichen Fragen bekommen und die Fenster müssen geöffnet werden. Wir müssen raus zu den Menschen.

In Duisburg machen wir genau das. In Foren, Politikwerkstätten und Diskussionsveranstaltungen beteiligen wir Nichtmitglieder an der inhaltlichen Meinungsbildung. Andererseits sage ich aber auch deutlich, dass die Reform-

vorschläge die Rechte der Mitgliedschaft nicht schwächen dürfen. Sie sollten sie eher stärken.

Manche Vorschläge von Sigmar und Andrea sind noch nicht ganz zu Ende gedacht. Das müssen sie aber auch nicht, denn beide sagen ja selbst: Keiner der Vorschläge ist „in Stein gemeißelt“. Wir werden gemeinsam die noch bestehenden Widersprüche auflösen und dabei sicher nicht nach dem Motto verfahren können: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ Wer sich selbst nicht helfen kann, kann auch anderen nicht helfen.

Die NRWSPD wird in der Reformdiskussion bis zum Bundesparteitag im Dezember darauf hinarbeiten, dass wir keine von oben verordnete, sondern eine von der Basis mitgestaltete Parteireform hinbekommen. Fangen wir doch einfach damit an und lassen die SPD-Mitglieder den nächsten Kanzlerkandidaten wählen.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' or 'B.B.', written in a cursive style.

Bärbel Bas



Stichwort: Kasseninsolvenzen

Zum 1. Juli wird mit der City BKK die erste gesetzliche Krankenkasse geschlossen. 150.000 Versicherte brauchen eine neue Krankenkasse. Die Politik muss jetzt die Rahmenbedingungen verbessern, aber für die Versicherten ist eine Kasseninsolvenz kein Grund zur Panik.

Alle Versicherten werden schriftlich informiert, wie sie eine neue Kasse finden können. Sie haben die volle Wahlfreiheit zwischen allen gesetzlichen Krankenkassen in ihrem Bundesland, keine Kasse darf den Antrag auf Mitgliedschaft ablehnen. Der Versicherte muss lediglich einen ausgefüllten Antrag sowie das Schreiben der alten Krankenkasse an die Kasse seiner Wahl schicken. Bei Versicherten, die an Chroniker-Programmen teilnehmen oder regelmäßig bestimmte Arzneimittel einnehmen bedeutet ein erzwungener Wechsel etwas mehr Aufwand. Die Versicherten sollten zunächst klären, welche Kassen vergleichbare Behandlungsprogramme oder Rabattverträge anbieten. Darüber informieren die Kassen direkt, aber auch Sozialverbände, Selbsthilfeorganisationen und Verbraucherzentralen.

Niemand muss aus Furcht vor dem Verlust des Versicherungsschutzes übereilt handeln. Sie können sogar noch zwei Wochen nach der

Schließung der City-BKK von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Selbst wenn man diese Frist verstreichen lässt, bleibt der Versicherungsschutz erhalten. Wählen sie nicht selbst eine neue Kasse, werden Rentnerinnen und Rentner vom Rentenversicherungsträger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber und Arbeitslose von der zuständigen Arbeitsagentur bei einer Kasse angemeldet.

Alle gesetzlichen Leistungen der Krankenversicherung werden nahtlos weiter gewährt. Ehemalige Versicherte der City BKK können ab 1. Juli auch ohne neue Versicherungskarte wie gewohnt zum Arzt gehen. Hier reicht die Vorlage der Mitgliedsbescheinigung der neuen Kasse. Laufende Behandlungen, die von der City-BKK bewilligt wurden, wie z.B. Reha-Maßnahmen oder Zahnersatzleistungen, werden von der neuen Kasse weiter gewährt. Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken und alle anderen Leistungserbringer sind verpflichtet, die Versicherten der City-BKK weiter zu behandeln. Die Honorare für die erbrachten Leistungen werden bezahlt. Dafür stehen die übrigen Betriebskrankenkassen ein.

Kein Versicherter einer geschlossenen Kasse muss sich beim Arzt abweisen lassen. Jede gesetzliche Kran-

kenkasse muss die Versicherten aufnehmen.

In der Realität der vergangenen Wochen sah das allerdings anders aus. Das macht mich als Verfechterin einer starken und solidarischen Krankenversicherung wütend. Viele Kassen hatten auf einmal keine Anträge mehr im Internet. Beitrittswilligen riet man, doch besser zu einer anderen Kasse zu gehen. Eine große Kasse schickte alle Interessenten in eine unterbesetzte Filiale am Stadtrand.

Für mich ist der Vertrauensverlust in die gesetzliche Krankenversicherung die schlimmste Folge der City BKK-Schließung. Die SPD steht für die Solidarität der Versicherten und ein bezahlbares Gesundheitssystem, aber mit ihrem Egoismus haben die Kassenvorstände Wasser auf die Mühlen der Neoliberalen gegossen.

Anstatt die vorhandenen Sanktionsmöglichkeiten auszureizen, hat Gesundheitsminister Bahr erst mal nur schärfere Maßnahmen angekündigt. Das reicht nicht, wenn wir in Zukunft Kasseninsolvenzen verhindern wollen. Wir brauchen Zwangs- und Rettungsfusionen, einen optimierten Finanzausgleich zwischen den Kassen mit besserer Absicherung in Hochrisikofällen und eine möglichst unabhängige Finanzaufsicht für die Kassen.

Rollende Bürgersprechstunde zum Tag der Organspende

Jeden Tag sterben drei Menschen, weil sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan erhalten. Deshalb brauchen wir dringend mehr Organspender und deshalb mache ich am 4. Juni von 12 bis 14 Uhr zum Tag der Organspende eine Rollende Bürgersprechstunde auf dem Rheinhauser Stadtfest mit der SPD-Asterlagen und Bergheim.

In Deutschland warten pro Jahr etwa 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Fast 70 Prozent der Deutschen sagen „Ja“ zur Organspende, aber nur rund 25 Prozent tragen einen Organspenderausweis. Wir brauchen mehr Aufklärung, dazu möchte ich mit dieser Rollenden Bürgersprechstunde meinen Beitrag leisten.

Im Gesundheitsausschuss in Berlin führen wir im Juni zwei öffentliche Anhörungen zur Organspende durch und werden auch über Möglichkeiten zur Erhöhung der Spendebereitschaft diskutieren. Den Organspenderausweis gibt's auf www.organspende-info.de, mit einem Klick kommen Sie zum **Faltblatt der SPD-Bundestagsfraktion.**



„**Zwei-Klassen-Pflege verhindern – Solidarische Bürgerversicherung einführen**“ war der Titel meiner Duisburger Impulse-Veranstaltung am 30. Mai im Kleinen Prinz. Auf dem Podium dabei: Bettina Vootz (Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft), Volker Thierfeld (ASG-Vorsitzender) und Hajo Schneider (ver.di). Mit etwa 80 Gästen diskutierten wir über die aktuelle Situation in der Pflege, kommunale Angebote in Duisburg oder bessere Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen.

Loveparade-Appell: Bitte unterzeichnen

Die Hinterbliebenen und Verletzten der Loveparade-Katastrophe und ihre Angehörigen sammeln zur Zeit Unterstützerunterschriften für den Appell: „...den Ort des Leidens und der Trauer nicht zerstören...“ Dieser Ort des Leidens und der Trauer darf nicht unter dem Parkplatz eines Möbelhauses verschwinden. Wir müssen diesen Ort schützen. Ich habe den Appell bereits unterzeichnet und möchte auch an dieser Stelle noch einmal dafür werben. **Wer den Appell unterzeichnen möchte, kommt mit einem Klick auf die Unterstützerseite der Initiative:** <http://loveparadeappell.de/>

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++06.06.-10.06.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++15.06.: Informationsgespräch bei der Kindernothilfe am Sittardsberg+++

+++18.06.: Rollende Bürgersprechstunde bei der SPD Huckingen+++

+++25.06.: AfA-Aktionstag in der Innenstadt+++

+++25.06.: Ehrengeschuss beim Schützenverein Wedau+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



Freud, Leid und Fußball

Zur Einstimmung auf die Frauenfußball-WM holte ich am 11. Mai für ein Benefiz-Spiel von TERRE DE FEMMES u.a. nach 10 Jahren meine Fußballschuhe vom Speicher. Zusammen mit anderen Abgeordneten kickten wir für mehr Chancengleichheit und Selbstbestimmung von Frauen. Fast hätte ich sogar das erste Tor geschossen, die Torhüterin war allerdings schnell unten in der Ecke. Das Eis war danach gebrochen, am Ende stand es 4:7. Kleiner Wermutstropfen: Beim Aufwärmen fiel ich auf den linken Arm, spielte zwar durch, be-

kam aber am nächsten Tag beim Arzt einen Gips.

Beim DFB-Pokalendspiel konnte ich daher leider nicht mitklatschen. Viel geholfen hätte das aber auch nicht. Das Ergebnis ist schade für das ersatzgeschwächte MSV-



Vor dem Spiel, mehr Fotos gibt's mit einem Klick hier.

Team, aber unsere Fans haben's wirklich rausgerissen. Die Stimmung im MSV-Block war fantastisch, die Schalke-Fans haben zu recht applaudiert. Dann holen wir halt nächstes Jahr den Pott.

In der Zwischenzeit kann ich am 26. Juni im Berliner Olympiastadion einen anderen Sieg für den Duisburger Fußball beklatschen: Beim Eröffnungsspiel der Frauen-WM spielt Deutschland gegen Kanada. Unser FCR ist stark vertreten mit Ursula Holl, Annike Krahn, Linda Bresonik, Simone Laudehr, Inka Grings und Alexandra Popp.

Neues aus meinem Tagebuch

Ein Gipsarm nervt... Auf der Tastatur „Strg - Alt - Entf“ drücken? Im Plenarsaal applaudieren? Autofahren? Geht nicht. In Berlin gibt's glücklicherweise den Fahrdienst des Bundestages, aber am Spott der Fahrer kommt man nicht vorbei: „Gipsarm im Sommer - ganz schön scheiße bei der Hitze“. Danke!

Meine 7. Plenarrede fiel dem Protokoll zum Opfer. Aufgrund einer Regierungserklärung und einer aktuellen Debatte zur City BKK hatte sich der Tagesordnungspunkt so tief in den späten Abend verschoben, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktion einigten: Die Reden werden zu Protokoll

gegeben. **Wer trotzdem meine Rede nachlesen möchte, kommt mit einem Klick hier zum Protokoll.**

Volker Schlotmann kommt aus Hochfeld, lebt aber seit 20 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern und arbeitet als Verkehrsminister. Vergangene Woche sprachen wir in Berlin über den MSV, den Duisburger Hafen und meine parlamentarischen Möglichkeiten als Oppositionsabgeordnete. Viel kannte Volker schon, die Schriftlichen Fragen noch nicht. „Du kannst fragen und die Regierung muss antworten? Erzähl das bloß keinem in Meck-Pomm, sonst ärgert uns die Opposition da bald auch kräftig.“



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de